

I Protestbewegungen im Spiegel der Wissenschaft

1. VON DEN 68ER-BEWEGUNGEN ZUR GLOBALISIERUNGSKRITIK

»The end of history will be a very sad time. The struggle for recognition, the willingness to risk one's life for a purely abstract goal, the worldwide ideological struggle that called forth daring, courage, imagination, and idealism, will be replaced by economic calculation, the endless solving of technical problems, environmental concerns, and the satisfaction of sophisticated consumer demands.« (Fukuyama 1989, S. 23)

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama verkündete in einem 1989 erschienenen Essay, wir seien am Ende der Menschheitsgeschichte angekommen. Wenige Monate vor dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des kalten Krieges prophezeite Fukuyama, Faschismus und Kommunismus seien gescheitert und die liberale Demokratie sei die letzte aller Regierungsformen. Daher werde es nun langweilig, schlussfolgert er, denn nichts ›Neues‹ könne mehr passieren. Fukuyama rekurriert in seiner These vom Ende der Geschichte auf ein hegelianisches Geschichtsverständnis in der Lesart des russisch-französischen Philosophen Alexandre Kojève. Dieser teleologischen Geschichtsauffassung folgend, findet die Menschheitsgeschichte nicht – wie Marx behauptet – in der kommunistischen Gesellschaft zu ihrem Ende, sondern in der liberalen Demokratie.

Sofern die Menschheit wirklich das Ende der Geschichte erreicht hat und wenn von nun an alles nur noch von einer einzigen Weltkultur in Form einer liberalen Demokratie absorbiert wird, welchen historischen Platz nehmen dann (noch) Protestbewegungen ein? Sind sie nun nur noch jene Akteure, die die prophezeite Harmonisierung der Werte und der Regierungsform weltweit vorantreiben?

Die 68er-Bewegungen: Utopien testen, verwerfen, neu erfinden ...

Im Protestgeschehen lässt sich bereits vor der Prophezeiung des ›Endes der Geschichte‹ ein Lossagen von Eschatologien beobachten: Bereits die sogenannten 68er-Bewegungen¹ der 1950er bis 1970er Jahre distanzierten sich zum Teil von gesellschaftlichen Utopien.² Große Gesellschaftsentwürfe wurden in der Praxis des gemeinschaftlichen Zusammenlebens auf ihre Anwendbarkeit hin geprüft und auch wieder verworfen. Die gesellschaftliche Revolution sollte bei der Befreiung des Subjekts beginnen. »Mittel auf diesem Weg zum Selbst waren ganzheitliche Techniken von der nichtentfremdeten Arbeit und dem kollektiven Wohnen über die Ernährung und Musik, den Kleidungsstil und Drogenkonsum bis hin zur Therapeutisierung der Sexualität und der umfassenden Kontrolle über den eigenen Körper« (Reichardt 2014, S. 873–874). Jegliche Formen von Hierarchien wurden zugunsten einer horizontalen Organisation und Dezentralität abgelehnt. Kraushaar (2001) spricht vom Austesten als der »Dynamik einer intellektuellen Suchbewegung, die um 1968 Radikalisierungs-, Innovations- und Differenzierungsschübe freigesetzt hatte.« (S. 14) Im Gegensatz zu einer festgefahrenen, statischen Gesellschaft würde sich die Gesellschaft von nun an permanent verändern und umgestalten. So beschreibt es auch der französische Philosoph Gilles Deleuze, der die Proteste im Mai 1968 als ›Einbruch des Werdens‹ begreift (Parnet und Deleuze 1989). Die utopischen Phantasien der 68er-Bewegungen beziehen sich nicht mehr auf zu etablierende Strukturen, sondern auf stetige Veränderungsprozesse, die beim Individuum selbst ansetzen.

Die Anliegen der Protestierenden waren daher vielfältig: Sie traten für eine bessere Bildungssituation an den Hochschulen und in der Erziehung ein, sie waren gegen Autoritarismus und Faschismus, für die sexuelle Befreiung und für den Weltfrieden, gegen den Vietnamkrieg, für die Rechte der Schwarzen und gegen die imperialistische Unterdrückung der ›Dritten Welt‹. Im Zentrum der 68er-Bewegungen steht der stets veränderte Entwurf von konkreten, alternativen Gesellschaftssystemen. Wie in Fukuyamas Ende der Geschichte geht es also be-

-
- 1 Aufgrund der Vielfalt der Ziele und Formen von Protest, die unter dem Begriff der 68er-Bewegung zusammengefasst werden, wird im Folgenden von 68er-Bewegungen im Plural gesprochen.
 - 2 Abgesehen von einigen Protestbewegungen, die auch zur Zeit der 68er-Bewegungen aufkamen, wie etwa marxistisch-leninistische K-Gruppen, die den Ideen Maos folgten, verstanden sich die meisten Bewegungen dieser Zeit als antiautoritäre Bewegungen, die explizit nicht das Ziel hatten, einen gesellschaftlichen Großentwurf durchzusetzen.

reits bei den 68er-Bewegungen nicht mehr darum, *den* neuen, universal gültigen Gesellschaftsentwurf durchzusetzen (Wallerstein 2002, S. 2). Dennoch lässt sich ein übergreifendes Protestziel ausmachen: Ziel der 68er-Bewegungen ist es, jedwede Form von starren gesellschaftlichen Strukturen zugunsten einer dynamischen Form der Gesellschaft aufzubrechen, die sich durch ständige gesellschaftliche Veränderungen auszeichnen sollte.

Die 68er-Bewegungen um das Jahr 1968 waren keine homogene Bewegung, wenngleich sie im historischen Rückblick häufig als solche verstanden werden. Das Experimentieren in konkreten Lebenszusammenhängen hatte auch zur Folge, dass die Protestbewegungen trotz gelegentlicher Betonung des Internationalismus (Vietnamkrieg) weitgehend in ihren nationalstaatlichen und in lokalen Kontexten verankert blieben. Dass explizit unterlassen wurde, einen neuen Gesellschaftsentwurf mit universalem Anspruch zu formulieren, verhinderte die Einigung auf internationaler Ebene. Aufgrund von unterschiedlichen Vorstellungen und Zielen der Teilnehmenden endeten internationale Treffen, etwa die International Assembly of Revolutionary Student Movements an der Columbia University in New York im September 1968, letztlich meist in Grabenkämpfen.

Die 68er-Bewegungen eint eine Kritik am kapitalistischen System und sie versuchen sich von einer Gesellschaft zu distanzieren, die sich durch die – in ihren Augen – spießigen Lebensleitlinien »Lohnarbeit, Kleinfamilie, Konsumfreude« charakterisiert (Farin 2011). Zugleich gelingt es ihnen aber nicht, sich auf internationaler Ebene zu verbünden. Sie bleiben ihren jeweiligen Entstehungs- und Aktionskontexten verhaftet.

Die Neuen Sozialen Bewegungen: Protest als eine Form der Anpassung

Dies ist einer der Gründe dafür, dass die 68er-Bewegungen in den 1970er Jahren zu ihrem Ende kommen, oder zugespitzt formuliert: Sie verschwinden im historischen Schatten des mystifizierten Jahres 1968. Übrig bleiben die Frauen-, die Anti-Atomkraft- und die Friedensbewegung. Diese den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) zugehörigen zivilgesellschaftlichen Akteure der 1970er Jahre versuchen mit ihrem Protest, politischen Einfluss zu gewinnen. Wie Zwick (1990) in einer großangelegten quantitativen Studie zu den Neuen Sozialen Bewegungen zeigt, gibt es eine enge Verflechtung von Protestbewegungen (insbesondere der Anti-Atomkraftbewegung) mit der Partei der GRÜNEN, die sich auch im Wahlverhaltens ausdrückt (S. 198). Die NSB rücken in

die gesellschaftliche Mitte und tragen auf diese Weise zu einer ›Normalisierung‹ und ›Entstigmatisierung‹ des Protests bei (Rucht und Roth 2008b, S. 637).³

Rucht und Neidhardt stellen im Titel ihres im Jahr 1993 erschienen Aufsatzes die Frage, ob wir auf dem Weg in die ›Bewegungsgesellschaft‹ sind. Sie vertreten die These, dass Bewegungen nunmehr zu einer »Dauererscheinung des gesellschaftlichen Lebens« werden (Rucht und Neidhardt 1993, S. 321). Protest wird tatsächlich zum alltäglichen Mittel prinzipiell aller gesellschaftlichen Gruppierungen einschließlich von Verbänden und Parteien. Nicht mehr die gesellschaftliche Ordnung an sich wird infrage gestellt, sondern es geht um einzelne Projekte im Rahmen der Gesellschaft. Dieter Rucht (2003) konstatiert für die Bundesrepublik Deutschland:

»Die Studentenbewegung, die sich angesichts von Anfeindungen der ›bürgerlichen Presse‹ ironisch als ›kleine radikale Minderheit‹ titulierte, war so gesehen eine wichtige Zwischenstufe auf dem Weg zu einer Gesellschaft, in der die Summe aktivistischer Minderheiten allmählich zum Signum der Mehrheitsgesellschaft wird.« (Rucht 2003, S. 10)

Die Entwicklung einer Veralltäglichung von Protest zeigt sich auch auf der internationalen Ebene. In den 1990er Jahren findet ein NGO-Boom statt. Dabei lösen sich einige NGOs auch ein Stück weit aus ihren lokalen Arenen und nehmen auf der internationalen Politikbühne Einfluss, etwa in Organisationen der Vereinten Nationen oder auch bei den G8-Treffen (Altwater 1999, S. 320; Schröder und Homfeldt 2013, S. 229). Die Orientierung der NSB an der politischen (Parteien-)Landschaft auf nationaler sowie die Anpassung der NGOs auf internationaler Ebene stärken die These Fukuyamas (1989), dass wir von nun an nur noch eine Annäherung – auch der Protestbewegungen – hin zu einer liberalen Demokratie weltweit erleben (werden). Anknüpfend an das verkündete Ende der Geschichte und damit das Ausbleiben jeglicher Alternative zumindest zum ›(neo-)liberalen Gesellschaftssystem‹ wird ab den 1990er-Jahren der Slogan ›There Is No Alternative‹ (TINA) prominent, der Regierungen und internationalen Organisationen als Legitimationsgrundlage für umfassende wirtschaftliche und soziale Reformen dient.

3 Erfolge erzielen in den 1970er und 1980er Jahren neben der Öko-Bewegung auch Bewegungen wie die Homosexuellen-Bewegung. Mit ihrem Protest erreichen sie, dass sie nunmehr auch im öffentlichen Raum auftreten können und sich nicht in der Sphäre des Privaten ‚verstecken‘ müssen (Wieviorka 2006, S. 41).

Protest gegen den (Neo-)Liberalismus

Gegen diese wirtschaftlichen und sozialen Reformen regt sich Widerstand. Daraus resultieren Konflikte nicht vor allem, wie Huntington (2006, S. 293) annimmt, zwischen dem Westen und dem Rest der Welt, sondern vor allem innerhalb des sogenannten westlichen Kulturkreises. Um die Jahrtausendwende halten die Protestler auf der Demonstration in Seattle und andernorts der Politik den Ausruf ›There are Thousands of Alternatives‹ (TATA) entgegen (George 2002). Dieser Slogan ist einerseits ein Protest oder Einwand gegen die Annahme, die Menschheitsgeschichte sei (bereits) an ihrem Ende angekommen. Andererseits wird hier nicht mehr nur eine alternative Welt angeboten, auf die sich die Bewegungen einigen (sollten), sondern es wird von gleich Tausenden von Möglichkeiten gesprochen, die sich als Alternativen anbieten würden. Damit knüpfen die betreffenden Proteste, aus denen später die Globalisierungsgegner/-innen oder die globalisierungskritische Bewegung(en) hervorgehen werden, an die 68er-Bewegung an. Sie wollen zum einen keinen gesellschaftlichen Gegenentwurf wie beispielsweise den Sozialismus durchsetzen; zum anderen haben sie jedoch ein gemeinsames Feindbild im kapitalistischen System, das überwunden werden muss.⁴ Im Fall der globalisierungskritischen Bewegungen ist dieses Feindbild speziell der Neoliberalismus. Die Gegnerschaft zur Ideologie des Neoliberalismus ist für die Protestler zugleich ein Grund, sich – im Unterschied zu den 68er-Bewegungen – aus ihren lokalen oder nationalen Kontexten zu lösen. Sie organisieren transnationalen Protest gegen internationale Organisationen (Della Porta und Tarrow 2005). Die Polizei reagiert darauf zunehmend mit repressiven Maßnahmen, um die Demonstrationen einzudämmen, was – vermittelt über die massenmediale Berichterstattung – den Protesten zusätzlich Zulauf verschafft (Della Porta und Reiter 2006).

-
- 4 Die Anfänge der Globalisierung werden in der Forschung historisch bereits vor den Beginn der frühen Neuzeit datiert (vgl. Osterhammel 2007; Fässler 2007). Damit wird die Globalisierung einhellig als ein älteres Phänomen betrachtet. Allerdings ist, wie Mayer et al. (2011) zeigen, »entgegen den zeitlich weit ausgreifenden Periodisierungen [...] die Globalisierung dem Begriff nach eine neue Erscheinung.« (S. 13), welche erst in den 1990er Jahren ihre Hochkonjunktur hatte. Zu dieser Zeit wird auch eine letzte Phase der Globalisierung durch den »Zusammenbruch des Ostblocks, [die] Überwindung der bipolaren Weltordnung, [die] Liberalisierung des Welthandels, [die] Verbreitung von Internet und Mobilfunk [...]« markiert, welche bis zum heutigen Tage andauere (Fässler 2007, S. 51).

Um die Hintergründe der globalisierungskritischen Bewegungen, die als eine neue ›Generation von Bewegung‹ bezeichnet wird, besser einordnen zu können, muss zunächst geklärt werden, was in diesem Zusammenhang mit neoliberal gemeint ist. Thorsen und Lie (o. J.) zufolge wird mit dem Begriff neoliberal nicht etwa eine erneute Hochkonjunktur oder Neuauflage des Liberalen, sondern eine radikalere und handlungsorientierte Form des klassischen Liberalismus bezeichnet, wie er noch von John Locke und Adam Smith vertreten wurde (Ryan 2012, S. 362). In seinen Kernthesen besagt der klassische Liberalismus, dass sich erstens der Staat weitestgehend aus dem Markt heraushalten soll und dass zweitens die rational handelnden Individuen die alleinige Verantwortung für ihre Entscheidungen auf dem Markt tragen sollen.

Als bekannteste Verfechter dieses Politikmodells gelten Margaret Thatcher (1979 bis 1990 Premierministerin des Vereinigten Königreiches) sowie Ronald Reagan (1981 bis 1989 Präsident der Vereinigten Staaten). Die beiden Politiker führten mit ihren politischen Programmen einen grundlegenden Wandel in der Wirtschaftspolitik ihrer Länder ein und lösten zugleich das nach dem zweiten Weltkrieg weltweit vorherrschende Wirtschaftsmodell ab. Dieses basierte noch auf den Annahmen John Maynard Keynes (1935), der für einen Staat plädierte, der regulierende Eingriffe in den freien Markt vornimmt. Eine Wende hin zum Neoliberalen besteht nach Doering-Manteuffel und Raphael (2012) im Übergang dieses keynesianischen Wirtschaftsmodells hin zum Monetarismus im Sinne von Milton Friedman (1962) oder Friedrich August von Hayek (1931). Beide – sowohl Friedman als auch Hayek – sehen sich selbst nicht als Neoliberale, sondern als Vertreter der Tradition eines klassischen Liberalismus (Gans-Morse und Boas 2009). Nach Ludwig von Mises – einem bekannten Vertreter des klassischen Liberalismus – ist die Tätigkeit des Staates darauf zu beschränken, nach außen und innen für Sicherheit zu sorgen sowie einen verlässlichen Rahmen für die Wirtschaft zu setzen. Andere Ökonomen wie Alexander Rüstow, Walter Eucken oder Wilhelm Röpke plädieren hingegen für einen starken ›ordnenden‹ Staat und bezeichnen sich selbst als Neoliberale (Köhler 2008).

Insofern besteht ein Unterschied zwischen dem Selbstverständnis der sich selbst als solche bezeichnenden Neoliberalen, die einen starken Staat befürworten, und dem Verständnis des Neoliberalismus, gegen den sich die Protestierenden richten. Der Protest gegen den Neoliberalismus verweist genau genommen theoretisch auf die Vertreter des klassischen Liberalismus und praktisch auf konkrete politische Reformprogramme, die damit in Zusammenhang gebracht werden. Darunter fällt, wie gesagt, in erster Linie die Politik in der Regierungszeit von Thatcher und Reagan, in der umfassende Privatisierungen von Staatsunternehmen vorgenommen, Spitzensteuersätze sowie Unternehmenssteuern ge-

senkt, die Gewerkschaften geschwächt, die Finanzmärkte dereguliert und Sozialprogramme gekürzt wurden. Die Politikstile, die diese einschneidenden Reformen durchsetzen konnten, wurden später unter den Namen Thatcherismus und Reaganomics bekannt und stehen für den Neoliberalismus, gegen den Protestmärsche organisiert wurden.

Ein globales, neoliberales Reformprogramm

Neben den nationalstaatlichen Politiken gelten vor allem die Deregulierung der Finanzmärkte sowie die Hegemonialmacht der USA als Angriffspunkte der Globalisierungskritiker/-innen. Zwischen beiden wird ein enger Zusammenhang gesehen, der auf das multilaterale Währungsabkommen zurückgeführt wird, das auf der Konferenz in Bretton Woods (USA) im Jahr 1944 von 44 Nationen unterschrieben wurde. Ziel dieser Konferenz war es, die nach dem zweiten Weltkrieg zum Erliegen gekommenen internationalen Handelsbeziehungen wieder in Gang zu bringen.⁵ Der britische Ökonom John Maynard Keynes hatte vorgeschlagen, den Handel über eine Clearing-Union vorzunehmen. Diese Clearing-Union würde die nationalen Währungen in ein neu zu schaffendes Buchgeld, den Bancor, eintauschen und zum Ausgleich vorübergehender Defizite Bancor-Kredite vergeben (Sautter 2012). Es setzte sich jedoch auf amerikanischen Wunsch der nach einem Kongressmitglied benannte White-Plan durch.

»Etwas zugespitzt kann man davon sprechen, dass das in Bretton Woods ausgehandelte Abkommen sowie die damit gegründeten Organisationen – Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank – im Wesentlichen nach den Vorstellungen des US-Finanzministeriums geschaffen wurden.« (Ebd.)

Durch die Deregulierungen der Finanzmärkte und die flexiblen Währungskurse vermehrten sich auch die Abhängigkeiten zwischen den nationalstaatlich organisierten Ökonomien. Der durch den Weltmarkt steigende Wettbewerbsdruck auf die Nationalstaaten führte nach dem zweiten Weltkrieg zur Gründung zahlreicher zwischenstaatlicher Wirtschaftsverbünde, die ihre gemeinsamen Interessen schützen wollten, beispielsweise der OEEC (1947), aus der später die OECD (1961) entstand, oder der G6 (1975), die 1998 zur G8 wurde (seit 2014 wurde sie zur G7, vor dem Hintergrund der Krim-Krise schlossen die anderen Mitglieder Russland aus). Zu diesen Interessenverbänden gehörten zunächst ausschließlich nordamerikanische und europäische Staaten (Werdning 2008, S. 319).

5 Auch als Bretton-Woods-System bekannt.

Ferner wurde auch die ›Organization of the Petroleum Exporting Countries‹ (OPEC) gegründet, die Anfang 1973 den Ölpreis künstlich in die Höhe trieb, um politischen Druck auf die internationale Gemeinschaft und Israel auszuüben, die im Jom-Kippur-Krieg besetzten Gebiete in Ägypten und Syrien freizugeben sowie die ›Rechte des palästinensischen Volkes‹ zu respektieren. Der gestiegene Ölpreis hatte in der stark verflochtenen Weltwirtschaft gravierende Folgen. Insbesondere die lateinamerikanischen Länder verschuldeten sich in der Folge so stark, dass im Jahr 1982 Mexiko als erstes lateinamerikanisches Land seine Zahlungsunfähigkeit erklären musste.

Die auf der Konferenz in Bretton-Woods gegründeten Institutionen – der IWF und die Weltbankgruppe – erhielten nun die Aufgabe, weitere Kredite nur unter der Bedingung politischer Reformen zu gewähren. Diese im sogenannten Washington Consensus vereinbarten Strukturanpassungsprogramme sollten die Länder – insbesondere nach den Modellen des Thatcherismus und der Reaganomics – reformieren. Deshalb wird der Neoliberalismus – neben der nationalstaatlichen Politik von Thatcher und Reagan – von den Protestbewegungen vor allem mit den Institutionen IWF und Weltbank sowie der Hegemonialmacht USA auf der internationalen Ebene assoziiert.

Wie Boris und Tittor (2008) konstatieren, wurden in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bis 1990 in nahezu allen lateinamerikanischen Ländern die im Washington Consensus vereinbarten neoliberalen Reformen durchgeführt. Diese bestanden im Wesentlichen darin, wirtschaftliches Wachstum durch weniger Ausgaben im Inland – beispielsweise durch Kürzungen von Sozialleistungen und die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen – sowie durch eine Liberalisierung und Deregulierung von Märkten zu erreichen. Die Maßnahmen führten zunächst – in Zahlen gemessen – zu Erfolgen. Im Zeitraum von 1990 bis 1994 stieg das lateinamerikanische Bruttosozialprodukt (BSP) um 6,9%; ein beachtlicher Erfolg, da das BSP in der Dekade zuvor (1981–1990) um 8,3% gefallen war (Boris und Tittor 2008, S. 397). Zu dieser Zeit wurde in den meisten Zeitungen und von Wirtschaftsexperten die *New Economy* propagiert, in die die Hoffnung gesetzt wurde, dass sie, inspiriert durch die neuen Potenziale des Internets, fortan durch ein stetiges Wachstum der gesamten Menschheit Wohlstand bescheren würde (Anhorn et al. 2008, S. 60).

Dies änderte sich jedoch in den Jahren 1990 bis 1994, als »mehr als 20 Millionen Lateinamerikaner/innen zusätzlich unter die Armutsgrenze rutschten, und die Arbeitslosigkeit von 10 auf 15 Prozent stieg« (Boris und Tittor 2008, S. 400). In den Jahren darauf folgten zudem erneute Finanz- und Währungskrisen, 1994/95 in Mexiko, 1999 in Brasilien und 2001 in Argentinien und Uruguay, die die soziale Situation in diesen Ländern verschärfte.

Die globalisierungskritischen Bewegungen:

›There are Thousands of Alternatives‹

Vor dem Hintergrund dieser Verschärfung der sozialen Situation – insbesondere in lateinamerikanischen Ländern, aber auch in Afrika, wie u. a. der *Atlas der Globalisierung* zeigt (Gresh et al. 2009) – kam es ab dem Jahr 1999 zu einer weltweiten Protestwelle. In diesem Jahr fanden in Seattle Demonstrationen gegen ein Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) statt. Die WTO wurde 1990 gegründet, um die neoliberale Politik insbesondere in Form des internationalen Freihandels weiterzuführen und den IWF sowie die Weltbank zu unterstützen. Die Proteste von Seattle gegen die WTO im Jahr 1999 gelten als ein Gründungsmoment der globalisierungskritischen Bewegungen und werden auch breit in der wissenschaftlichen Literatur rezipiert (Snow et al. 2004).⁶ An den Protesten gegen den Neoliberalismus nahmen Gewerkschaften, NGOs und Protestbewegungen aus verschiedenen Ländern der Erde teil. Walden Bello spricht gar davon, dass die Illusion erschüttert wurde, dass ein gemeinsames Interesse zwischen einer von Konzernen gesteuerten Globalisierung und den Menschen bestehen könnte (Bello 2002, S. 41).

In der Zeitspanne zwischen dem Ende der 68er-Bewegungen bis hin zum Beginn der globalisierungskritischen Bewegungen wird Protest zum normalen, alltäglichen Mittel, auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Gleichzeitig verliert er seine Radikalität. Er wird gleichsam vom politischen System absorbiert. Die globalisierungskritischen Bewegungen brechen mit dieser Entwicklung und knüpfen in vielerlei Hinsicht an die 68er-Bewegungen an.

Genauso wie schon die 68er-Bewegungen wird auch in den globalisierungskritischen Bewegungen die Entwicklung von radikalen Gegenentwürfen abgelehnt. Sind die 68er-Bewegungen jedoch noch stark in ihren lokalen und nationa-

6 Als ein weiterer entscheidender Impuls für die globalisierungskritischen Bewegungen gilt der Aufstand der Zapatisten in Chiapas, Mexiko. Ihr Protest fand im Januar 1994 statt, als das Amerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft getreten war. Die Zapatisten übten militanten Widerstand gegen die mexikanische Regierung aus und halten bis heute ein Gebiet in Chiapas besetzt (Cleaver 1998; Khasnabish 2010). In der Erzählung der Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung, die sich an den Zapatisten orientiert, heißt es: »However, in the first few hours of 1994, emerging from the perhaps unlikely location of the Lacandon Jungle in Chiapas, Mexico, a group of rebels catapulted themselves onto the world stage, declaring war on neoliberalismo. History was back.« (Trott 2009, S. 1395)

len Entstehungskontexten verwurzelt, wird der Protest mit den globalisierungskritischen Bewegungen der 1990er Jahre zunehmend transnational.

Konzeptionell bildet allein das vage Konzept des Neoliberalismus den gemeinsamen Bezugspunkt dieser Bewegungen.⁷ Der Zusammenhalt der Bewegungen, die sich in der Neoliberalismus-Kritik verbünden, erscheint vor diesem Hintergrund fragil. Der Ausruf: ›There are Thousands of Alternatives‹ widerspricht einerseits der These Fukuyamas, dass sich von nun an alles einer einzigen Option, der liberalen Demokratie, angleichen wird. Andererseits gibt der Slogan keine Antwort darauf, wie und ob man sich auf eine Alternative einigen kann, die dann zu einer neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit wird. Francisco Whitaker, einer der Mitbegründer des WSFs, fasst die Alternative einer anderen Welt so in Worte:

»Es ist nicht schwer, sich diese Welt, die wir alle wollen, vorzustellen. Es wird eine friedliche Welt sein, in der es keine Kriege und keine Gewalt gibt; eine Welt, in der die Menschen Freunde sind, getragen von Zusammenarbeit und Kooperation, in der es keine mörderische oder zumindest aufreibende Konkurrenz gibt; eine Welt, in der die natürliche Schöpfung geachtet wird, in der die Umwelt nicht ohne Rücksicht auf die Zukunft unseres Planeten ausgebeutet und zerstört wird [...].

Selbstverständlich handelt es sich um eine reine Utopie. Aber es ist eine Welt, von der wir ja tatsächlich alle träumen, obwohl wir wissen, dass es praktisch unmöglich ist, sie zu verwirklichen. Nun gut, wenn wir trotzdem die Hoffnung nicht aufgeben, dass wir uns zumindest auf den Weg zu diesem Ziel machen können, Schritt für Schritt, indem wir Strukturen und Verhaltensweisen ändern (es hat sich ja gezeigt, dass die Versuche der großen Veränderung auf einen Schlag nicht wirksam waren), oder indem wir Teile oder auch Inseln dieser neuen Welt in uns selber und in unserem Umfeld schaffen, dann wird es schon sehr gut sein. Wir werden glücklicher sein und das wird auch ein wenig auf die, mit denen wir leben und umgehen, ausstrahlen, und langsam werden wir uns dieser Utopie annähern.« (Whitaker 2004, o. S.)

Whitaker zufolge geht es dem WSF nicht um das Umsetzen einer ›großen Veränderung‹, sondern um viele kleine konkrete Veränderungen.⁸ Dieses Credo er-

7 Von Anti-Kapitalismus ist nicht die Rede, da dies diejenigen ausschließen würden, die sich ‚lediglich‘ gegen die Art und Weise des vorherrschenden Kapitalismus wenden, diesen jedoch per se nicht ablehnen.

8 In den Grundsätzen des WSFs wird gewaltsamer Widerstand ausgeschlossen. Darin unterscheidet sich die WSF-Bewegung vom Protest der Zapatisten, mit dem sie an-

innert an das der 1968er-Bewegungen, die ebenso gesellschaftliche Großentwürfe überwiegend ablehnten und stattdessen in ihrem konkreten Umfeld Veränderungen anstrebten. Der These Fukuyamas, das Ende der Geschichte sei gekommen, würden diese Bewegungen entgegensetzen, dass es zwar nicht mehr um das Durchsetzen einer Großideologie geht, dass man aber utopischen Vorstellungen im eigenen Lebensumfeld folgen sollte.

Brand und Heigl (2007) zufolge handelt es sich bei den globalisierungskritischen Bewegungen im Kern um Demokratisierungsbewegungen: »Der Signifikant Demokratie gilt als weitgehend unangefochtener Horizont, denn die Bewegungen agieren innerhalb der bestehenden Demokratie und versuchen gleichzeitig, sie zu radikalieren« (Brand und Heigl 2007, S. 178). In den Grundsätzen des WSFs – der sogenannten »Charta der Prinzipien« – werden Forderungen nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen, einer Aufhebung demokratischer Defizite, nach der Schaffung eines Weltfriedens und einer Verstärkung des Umweltschutzes formuliert. Wie auch Ghimire (2011, S. 93) konstatiert, handelt es sich dabei zweifelsfrei um die Grundelemente eines humanistischen Ideals. Wie sich diese (liberale) Demokratie aber konkret gestaltet, dies – so könnte man Whitaker (2004) lesen – bleibt denjenigen (potenziell uns allen) überlassen, die die notwendigen Veränderungen im »Verhalten und in den Strukturen« erkennen und daher auch umsetzen und einfordern.

In Whitakers Aussage spiegeln sich zwei eigentümliche Gegensätze, die den Charakter der WSF-Bewegung bestimmen: Erstens wird von der einen anderen Welt geträumt und doch unternehme jede/-r etwas anderes, um sie zu erreichen. Zweitens bleibt die andere Welt zwar ein fernes Ziel, dessen Realisierung »praktisch unmöglich ist«; und doch soll sich jede/-r der Utopie annähern, indem sie/er (sogleich) neue Verhaltensweisen in das Handeln implementiert. Worin liegt dann aber der gemeinsame Nenner einer transnationalen Bewegung, wenn jede/-r ein anderes Ziel verfolgt und zuvorderst in ihrem/seinem Umfeld Veränderungen evoziert?

Einigkeit herrscht im WSF darüber, dass – wie erwähnt – der Neoliberalismus Ziel der Kritik ist. Aber reicht dies aus, damit eine solche Bewegung sich länderübergreifend vernetzen und seit über einem Jahrzehnt bestehen kann? Um Antworten auf diese Frage zu erhalten, soll im nächsten Abschnitt herausge-

sonsten große Ähnlichkeiten aufweist: Mit dem Motto der Zapatisten ‚preguntando caminamos‘ (fragend schreiten wir voran) braucht es keine revolutionäre Großideologie mehr; die Antworten werden sozusagen in der alltäglichen Praxis gefunden (Cleaver 1998).

arbeitet werden, unter welchen Perspektiven die Forschung Protestbewegungen bisher betrachtete und wie versucht wurde zu erklären, dass eine Protestbewegung (dauerhaft) Zusammenhalt findet.

2. PARADIGMEN DER BEWEGUNGSFORSCHUNG

Protestbewegungen stellen einen gesonderten Fall von Kooperation dar. Während eine Organisation sich durch eindeutige Mitgliedschaftsregelungen, einen rationalen Umgang mit Mitteln zur Erfüllung ihrer Zwecke sowie eine hierarchische Führung mit auf Personen zurechenbare Entscheidungen auszeichnet, weisen Protestbewegungen geringe interne Rollenspezifikation auf, sie sind in ihren Organisations- und Aktionsformen variabel und stets sind neue Anhänger/-innen willkommen (Raschke 1988, S. 77). Tagtäglich hören wir in den Nachrichten von Protestbewegungen. Sie sind so zahlreich wie vielfältig. Meist führen sie in ihrer Bezeichnung mit einem Beiwort einen Hinweis auf ihr jeweiliges Protestanliegen mit. So gibt es etwa fundamentalistische, faschistische, feministische, religiöse, Jugend-, Arbeiter-, Ökologie-, Anti-Atomkraft-, Lesben-, Schwulen-, Behinderten-, Landlosen-, Bio-, Genossenschafts-, Occupy-Wall-Street-, FKK-, Menschenrechts-, Dritte-Welt-, Kleinbauern-, Anti-Copy-Right-, Demokratie-, Friedens-, Anti-Windkraft, Anti-ACTA-Bewegungen.

Dieser Facettenreichtum spiegelt sich auch in der kaum zu überblickenden Forschungsliteratur wider. Etwa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand in den USA die *Bewegungsforschung*, die sich seitdem explizit mit dem Gegenstand Protestbewegung auseinandersetzt (Rucht 2011b). Die Anfänge der Bewegungsforschung können laut Della Porta und Diani (2006) auf die Umbrüche in den späten 1960er Jahren zurückgeführt werden, die das Interesse an gesellschaftlichen Transformationsprozessen steigerten:

»American civil rights and antiwar movements, the Mai 1968 revolt in France, students' protests in Germany, Britain, or Mexico, the worker–student coalitions of the 1969 ›Hot Autumn‹ in Italy, the pro-democracy mobilizations in locations as diverse as Francoist Madrid and communist Prague, the growth of critical Catholicism from South America to Rome, the early signs of the women's and environmental movements that would shape the new politics of the 1970s: all these phenomena – and many more – suggested that deep changes were in the making.« (Ebd., S. 4)

Die Bedeutung der Bewegungsforschung ist seit den 1980er Jahren signifikant gestiegen. Wie Klandermans und Roggeband (2007) in ihrem Überblicksartikel

zeigen, ist dies sowohl an der Anzahl von Veröffentlichungen in englischsprachigen Zeitschriften zu Social Movements erkennbar als auch am internationalen Austausch von Bewegungsforschern in der Sociological Association, der International Political Science Association sowie der International Society of Political Psychology.⁹ Die Entwicklung der Bewegungsforschung korreliert mit der gestiegenen Bedeutung von Bewegungen weltweit. Protestbewegungen sind in den letzten Jahrzehnten zu einem allgemeinen und zentralen Merkmal der politischen Landschaft quer über den Globus geworden.

Wissenschaftler/-innen aus unterschiedlichen Disziplinen haben seitdem Beiträge zur Bewegungsforschung geliefert. Im *Handbook of Social Movements Across Disciplines* werden Sozialhistoriker/-innen, Politikwissenschaftler/-innen, Soziologen/-innen, Sozialpsychologen/-innen, Anthropologen/-innen, Sozialgeografen/-innen und Organisationsforscher/-innen aufgezählt, die sich mit Protestbewegungen beschäftigen und die jeweils mit ihrem disziplineigenen Interesse Protestbewegungen betrachten (Klandermans und Roggeband 2007). Die Herausgeber schlussfolgern: »central concepts and frameworks have been developed across disciplines and one could argue that social movement studies in itself contain what Smelser (2002) calls a ›hybrid subfield‹ with shared concepts and approaches« (ebd., S. 2).¹⁰ In einer Untersuchung von Zeitschriften aus dem deutschsprachigen Raum zeigt Rucht (2011b), dass »Analysen von Einzelfällen (ein Ereignis, ein Konflikt, eine Bewegung, ein Land) mit fast zwei Dritteln [aller Studien] dominieren, während die übrigen Kategorien (hohe Fallzahl zum Beispiel bei der Befragung von Individuen, Vergleiche mit hoher Fallzahl, vergleichende Fallstudie) weitaus seltener sind.« (S. 34)

Vor allem die aktuellere Forschung bestätigt die These, dass es sich bei der Bewegungsforschung um ein ›hybrides Feld‹ handelt. Diese Studien nehmen vermehrt das ›Innenleben‹ von Protestbewegungen in den Blick und fokussieren auf Teilbereiche der Bewegungen. Dies führt jedoch dazu, dass nunmehr zuvor-derst einzelne Aspekte einer Bewegung isoliert voneinander erforscht werden.

9 Nach wie vor bleibt die »Achse USA/Europa produktiv und im internationalen Rahmen tonangebend, während Arbeiten zu sozialen Bewegungen von lateinamerikanischen, asiatischen, afrikanischen und australischen Autoren vernachlässigt werden« (Rucht 2011, S. 25).

10 Rucht (2011b) konstatiert, dass die »zumindest konzeptionell und theoretisch wichtigsten Beiträge zu sozialen Bewegungen aus der Soziologie [stammen]. Dynamik und sozialer Wandel der Gesellschaft, die ja auch durch Bewegungen vorangetrieben werden, gehören zu den Ausgangsfragen der soziologischen Klassiker.« (S. 27)

Die folgende Auflistung soll einen Eindruck über die verschiedenen Teilbereiche von Protestbewegungen vermitteln, die aktuell untersucht werden (angelehnt an Haug [2013]):

- Fragen nach interner Demokratie und demokratischen Praktiken (Graeber 2009; Leach 2009; Maeckelbergh 2009; Polletta 2002),
- Konsens-Entscheidung (Haug 2011; Della Porta 2009),
- Deliberation (Della Porta 2005; Rucht und Della Porta 2013),
- multilinguale Kommunikation und Übersetzung (Doerr 2009),
- die Rolle von Online- und Offline-Kommunikation (Kavada 2010; Petit 2004),
- Emotionen (Goodwin und Jasper 2007; Kokogiannis 2010; Wettergren 2009),
- Praktiken des netzwerkartigen Organisierens (Diani 2009; Diani und McAdam 2009; Della Porta und Mosca 2005),
- die interaktive Bildung von kollektiver Identität (Flesher Fominaya 2010),
- Spannungen zwischen verschiedenen Ansätzen politischer Praxis (Pleyers 2010).

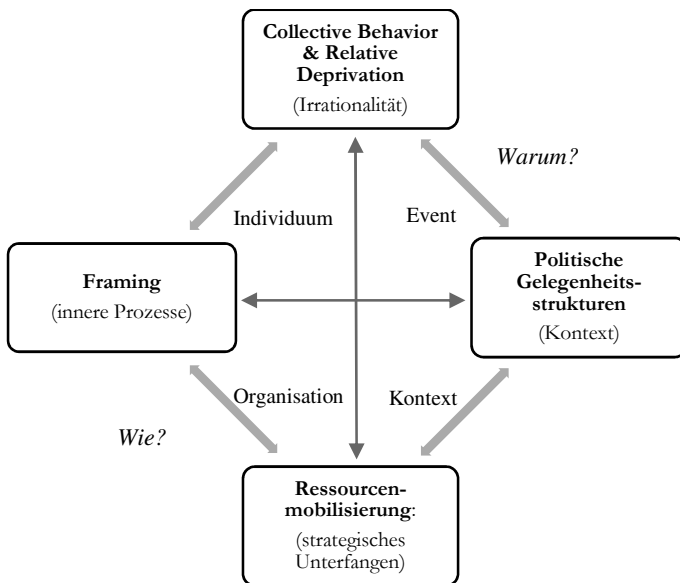
Dies weitet den Forschungsgegenstand schon damals aus, wie Ahlemeyer (1995) bereits im Jahr 1995 konstatiert. Er kritisierte die interne Differenzierung und Pluralisierung der Ansätze, Teilprobleme und Perspektiven, die Bewegungsforscher/-innen jedoch keineswegs entmutigen würde, sondern vielmehr schlicht dazu führe, »dass Grundsatzfragen nach Einheit und Komponenten ausgeklammert [werden], um sich Einzelaspekten sozialer Bewegungen zuzuwenden.« (S. 52) Herkenrath (2011) zitiert McAdam et al. (1989), die die Untersuchungsperspektiven der Bewegungsforschung als »Schlemmerbuffet« bezeichnet hatten, auf dem sich die Forscher/-innen nach Belieben bedienen können.« (S. 57) Stattdessen brauche es, schlussfolgert Herkenrath (2011), ein mehrperspektivisches Vorgehen, um den Gegenstand möglichst ganzheitlich zu erfassen.

Ähnlich argumentieren Della Porta und Diani (2006), die den eindimensionalen Fokus auf Individuen (Aktivist/-innen), Events (globale Gipfeltreffen, Demonstrationen etc.) und Organisationen (Koalitionen, Bewegungsnetzwerke etc.) kritisieren und sich für eine Verknüpfung ebendieser Aspekte aussprechen (S. 2 ff.).

Um eine Ordnungsstruktur in der Forschungslandschaft zu Protestbewegungen zu finden, werden im Allgemeinen vier Hauptstränge der Bewegungsforschung unterschieden. Dazu gehören der Collective-Behavior-&-Relative-Deprivation-Ansatz, der Ansatz politischer Gelegenheitsstrukturen, der Ressour-

cenmobilisierungs- sowie der Framing-Ansatz. Diese vier Forschungsansätze beleuchten Bewegungen aus divergenten Perspektiven (Abbildung 1). Die Ansätze des Collective Behavior und der relativen Deprivation sowie der politischen Gelegenheitsstrukturen versuchen vor allem zu erklären, warum es zu Protestbewegungen kommt. Ihre Untersuchungsfelder sind der (Protest-)Event sowie der jeweilige gesellschaftliche Kontext, in dem eine Protestbewegung auftaucht. Die Ansätze der Ressourcenmobilisierung und des Framings rücken die Frage in den Mittelpunkt, wie sich Protestbewegungen organisieren. Individuum und Organisation bilden daher den jeweils primären Untersuchungsfokus.

Abbildung 1: Forschungsperspektiven auf Protestbewegungen



(eigene Darstellung)

Diese vier Forschungsansätze erlauben zugleich, die Bewegungsforschung historisch nachzuzeichnen (Hellmann und Koopmans 1998; Klein 2003; Rucht 2011b). In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts herrschte in einer sich formierenden Bewegungsforschung zum einen der Ansatz des Collective Behavior vor, der Protestbewegungen weitgehend als irrationales Phänomen betrachtete und u. a. dabei auf die Massenpsychologie Gustave Le Bons (1922) rekurrierte. Laut Kern (2008) führen in dieser Sicht »Suggestionen, Ansteckungsphänomene und hypnotische Effekte dazu, dass die Einzelnen ihre Selbstkontrolle verlieren

und sich einem Strom des Massenverhaltens ergeben, dem sie sich nicht entziehen können.« (S. 10) Zum anderen wurde zeitgleich der Ansatz der Relative Deprivation in der Bewegungsforschung populär. Er soll eine Erklärung für das Auftreten von Protestbewegungen liefern. Die theoretische Annahme dieses Ansatzes besagt, dass Protestbewegungen auf eine Enttäuschung von Werterwartungen in der Gesellschaft zurückgeführt werden können. Dem Ansatz der relativen Deprivation zufolge entstehen Protestbewegungen stets dann, wenn (Lebens-)Erwartungen und die subjektiv wahrgenommene (Lebens-)Situation auseinanderdriften (Davis 1959; Smelser 1962). Menschen können sich demnach auch dann benachteiligt fühlen, wenn es ihnen nach objektiven Kriterien, beispielsweise gemessen an ihrem Einkommen, gut gehen müsste. Das Gefühl, benachteiligt zu sein, ist relativ: Ein Mensch, der mit seinem Einkommen unzufrieden ist, ist es unabhängig davon, ob andere Menschen mit geringerem mit ihrer Lebenssituation zufrieden sind. Unklar bleibt, womit die eigene Situation verglichen wird: mit der eigenen Vergangenheit, mit der Situation eines Bekannten, mit einem gesellschaftlichen Standard?¹¹

Fest steht jedoch, wie Gurr (1974) im Schlusskapitel seines Werkes ›Why Men Rebel‹ konstatiert, dass noch kein Gesellschaftsmodell sein Versprechen einlösen konnte, alle menschlichen Bedürfnisse zu erfüllen und somit Unzufriedenheit generell zu beseitigen. Solange dies nicht passiert, sei Unzufriedenheit zutiefst menschlich und Protest könnte potenziell zu jeder Zeit entstehen. Dass Unzufriedenheit in jeder Gesellschaft zu jeder Zeit anzutreffen ist, gilt umgekehrt jedoch nicht in gleicher Weise für Protestbewegungen. Japp (1984) formuliert es prägnant so: »Grievances are everywhere, movements not.« (S. 316)¹² Eine hinreichende Erklärung für das Entstehen von Protestbewegungen liefert der Deprivationsansatz demzufolge nicht. Ein Problem des Ansatzes liegt sicherlich darin, die Motivation zu protestieren mit einer einzigen, allgemeingültigen Formel erklären zu wollen.

Der Ansatz politischer Gelegenheitsstrukturen (Political Opportunity Approach) konzentriert sich daher weniger stark auf die Motivation, dafür stärker auf den Kontext, der das Auftreten einer Bewegung erklären soll. In einer Studie

11 Um zu betonen, dass es sich nicht um ein individuelles Gefühl der Deprivation handelt, sondern dass dieses auf eine Gruppe bezogen ist, plädiert Runciman (1966) dafür, den Ansatz als *fraternalistic relative deprivation* zu bezeichnen.

12 Ferner blendet der Ansatz das Phänomen aus, dass sich Menschen einer Protestbewegung auch dann anschließen können, wenn sie sich selbst nicht als primär Betroffene sehen, sondern sich mit Betroffenen solidarisieren.

zur Protesthäufigkeit in 43 amerikanischen Städten nimmt Eisinger (1973) die Kontexte von Protestbewegungen in den Blick. Er unterscheidet dabei zwischen zwei Typen politischer Systeme: In offenen politischen Systemen, die Protest in den politischen Entscheidungsprozess integrieren, komme es kaum zu Protestbewegungen. Gleiches gilt für geschlossene politische Systeme, da Protest in diesen Gesellschaften weder als adäquate Strategie erscheint noch toleriert wird. Eisingers Fazit lautet: «Protest is a sign that the opportunity structure is flexible and vulnerable to the political assaults of excluded groups.» (1973, S. 28)

Aufbauend auf Eisingers Studie kam es in der Folge zu Forschungsarbeiten, die bestimmte Faktoren herausarbeiteten, die Protestbewegungen in unterschiedlichen politischen Systemen begünstigen oder beschränken. So wurden beispielsweise typische Erscheinungsformen (isolierte Bewegung, Protestwelle, Revolution, Guerilla- oder Terroristengruppe u. a.) je nach dem Grad an kultureller Resonanz, auf den Protestbewegungen in Gesellschaften stoßen (hoch/gering), und nach der Art der Reaktion des Staates (Anerkennung, schwache Repression, starke Repression) unterschieden (Kern 2008, S. 173). Kritiker/-innen des Political Opportunity Approach bemängeln unterschiedliche Verständnisse des Ansatzes in den Forschungsstudien, die zu kaum vergleichbaren Ergebnisse führen. Ferner wird gefordert, auch die zeitliche Dimension stärker zu berücksichtigen, um den Prozess und die Entwicklung von Bewegungen und den Gesellschaften, in denen sie aktiv sind, zu erfassen (Meyer 2004).

In der Bewegungsforschung unbestritten bleibt also die Annahme des relativen Deprivationsansatzes, dass ein bestimmter Anlass, etwa Unzufriedenheit mit einer (akuten) Situation, Voraussetzung dafür ist, dass sich Menschen für ein Protestthema engagieren, und dass daraus dann eine Protestbewegung erwachsen kann. Entscheidend dafür, ob es dann zu einer Protestbewegung kommt oder nicht und in welcher Form diese in Erscheinung tritt, ist der jeweilige Kontext. Doch wie organisieren sich Protestbewegungen? Welche internen Prozesse finden in Protestbewegungen statt, die ebenfalls für den Erfolg, die Dauer, die Reichweite und die Protestform von Bedeutung sind?

Ab den späten 1970er Jahren wurde die Frage, wie Protestbewegungen funktionieren, aufgegriffen und Erklärungen dafür, warum Protestbewegungen entstehen, rückten in den Hintergrund. Theoretische Modelle wie der Ressourcenmobilisierungsansatz (RMA) und der Framing-Ansatz sind Versuche, auf dieses Forschungsdesiderat zu reagieren.

McCarthy und Zald (1977) entwickelten den RMA, um zu zeigen, wie Bewegungen die Mittel, im wesentlichen Geld und Zeit, organisieren, um ihre Protestziele zu erreichen. Der RMA nimmt also vorrangig die ›Organisation‹ innerhalb von Bewegungen und ihre Mobilisierungsstrategien in den Blick. Er sollte

eine Erklärung für das Phänomen der sogenannten NGOisierung liefern, das sich dadurch auszeichnete, dass aus Bewegungen zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) hervorgingen. In den 1980er und 1990er Jahren erreichte die Gründung von NGOs eine Hochphase (Boli und Thomas 1997; Baylis und Smith 2001). Organisationen wie beispielsweise Greenpeace (bereits im Jahr 1971 gegründet) nahmen zu dieser Zeit durch strategische Maßnahmen, Lobbying, publikumswirksame Aktionen und Medienkampagnen vermehrt Einfluss auf die politischen Entscheidungen und auf transnationale Unternehmenspolitiken.

Kern (2008) unterscheidet zwischen isolierten Bewegungsorganisationen, welche über einen professionellen Kader verfügen und den Kontakt zu ihrer Mitgliederbasis über Brief und E-Mail aufrechterhalten, und den föderalen Bewegungsorganisationen, deren Mitglieder und Unterstützer in ein dichtes Netz von interpersonalen Beziehungen eingebunden sind. (S. 129) Der größere Grad an Professionalität liege bei den isolierten Bewegungsorganisationen wie z. B. Greenpeace oder Attac. Diese brauchen jedoch für ihre Arbeit ein dauerhaftes Einkommen. So entsteht eine Abhängigkeit von Beitragszahlern/-innen bzw. Spendern/-innen, die verlangt, dass eine permanente Medienpräsenz durch Werbung aufrechterhalten wird, um den kontinuierlichen Spendenzufluss zu gewährleisten (ebd., S. 129). Zudem werden seit den 1960er Jahren zunehmend Sponsoren wie private und politische Stiftungen, Gewerkschaften, Massenmedien, Universitäten, Regierungsorganisationen und Unternehmen als Unterstützer/-innen gewonnen. Auf dem Spendenmarkt finden sich auch Bewegungen deshalb zunehmend im Wettbewerb um Spendengelder wieder (Schröder und Homfeldt 2013, S. 240). Die Grenze zwischen NGO und Bewegung verschwimmt, da nun auch Protestbewegungen einen effizienten Umgang mit den Ressourcen gegenüber ihren Geberorganisationen rechtfertigen müssen.

Um Ressourcen und Anhänger/-innen zu mobilisieren, braucht die Protestbewegung ein klares Profil, einen Rahmen (engl.: Frame), mit dem sie Überzeugungsarbeit leisten kann. Die Theorie des Framings greift auf Goffmans Rahmenanalyse zurück. Den Begriff Rahmen definiert Erving Goffman (1989) als Interpretationsschema, das es dem Einzelnen erlaubt, Ereignisse einzuordnen. Beispielsweise würden wir eine Menschenmenge, in der einige Personen beschriftete Plakate in die Luft halten, als eine Demonstration ›rahmen‹ (deuten) und danach unser Handeln (z. B. mitlaufen, zuschauen, mit jemandem über das Protestthema diskutieren) ausrichten. Unbewusst stellen wir uns stets die Frage danach, worum es bei dem geht, was wir gerade beobachten. Der Rahmen stellt eine schnelle Einordnungsmöglichkeit für verschiedene Vorkommnisse, die wir erleben, bereit. Je nachdem, welchen (Bezugs-)Rahmen wir auf ein Ereignis anwenden, kommen wir zu unterschiedlichen Interpretationen der Abläufe und

damit auch zu verschiedenen Schlussfolgerungen für unser Handeln bzw. unsere Handlungsmöglichkeiten.

Benford und Snow (2000) haben das Rahmenkonzept Goffmans auf Protestbewegungen übertragen und den Ansatz der Frame-Analysis (engl.: Rahmenanalyse) entwickelt. Demnach beobachten Protestbewegungen ihre Umwelt, indem sie erstens etwas in der Gesellschaft als problematisch diagnostizieren (rahmen), zweitens aus der Problemdiagnose ableiten, was getan werden muss, und drittens einen Aufruf zu Aktionen starten, die eine Veränderung herbeiführen sollen (Benford und Snow 2000). Der organisationale Rahmen, der sich aus den drei Elementen ergibt, wird von den Aktivist:innen in ihren Interaktionen hergestellt. Protestbewegungen können mit ihren Deutungsrahmen etwas, das bislang als unproblematisch bzw. gar nicht gesehen wurde, in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen und sind daher auch als Konstrukteure sozialer Wirklichkeit zu verstehen (Snow et al. 1986).

Die spezifische Perspektive der Protestbewegung auf die Gesellschaft (der Rahmen) und die daraus abgeleiteten Handlungskonsequenzen müssen durch die Aktivist:innen ausgehandelt werden. Verfestigt sich ein solcher Rahmen, so wird in der Regel vorausgesetzt, dass neue Mitglieder der Bewegung diese Deutung der Wirklichkeit (zumindest prinzipiell) teilen. Damit dieser Frame innerhalb der Bewegung relativ konstant bleibt, sollen die Akteure »durch Appelle an Emotionen, Identitäten und Normvorstellungen zur Selbstbindung an die kollektiven Ziele bewegt werden« (Kern 2008, S. 134).

Häufig wurde mit der Rahmenanalyse untersucht, wie geeignet ein Rahmen ist, weitere Protestierende zu mobilisieren bzw. die Aufmerksamkeit der Medien zu gewinnen. John Evans (1997) zeigt am Beispiel einer religiösen Bewegung für Abtreibung (Pro-Choice-Movement), dass bei der Konstruktion eines Rahmens nicht nur das Werben potenzieller Anhänger/-innen (Mobilisierungspotenzial) und die Medienwirksamkeit, sondern auch das Adressieren der Protestgegner Berücksichtigung findet.

Eine einheitliche Darstellung des Protestanliegens nach außen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Rahmen einer Protestbewegung primär strategisch konzipiert ist. Je nachdem, wie groß die Protestbewegung ist, können unterschiedliche Positionierungen zum Protestthema oder auch verschiedene Handlungskonsequenzen (friedlicher Protest, ziviler Ungehorsam, Revolution) aus dem Rahmen abgeleitet werden. Johnston (2007) zeigt am Beispiel einer Kampagne gegen Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF), dass ein solcher Interpretationsrahmen aus Kausalketten besteht, die es ermöglichen, mehrere Bewegungen unter einem gemeinsamen Protestanliegen zu vereinen. Die Problemwurzel bilden bei der Untersuchung Johnstons

(2007) die Strukturanpassungsprogramme des IWFs¹³. Aus der Kernursache, den Strukturanpassungsprogrammen des IWFs, können Problemfelder abgeleitet werden, die dann etwa Frauenbewegungen, Migrantenorganisationen oder Anti-Kriegs-Bewegungen zusammenbringen können. So könnte eine Argumentation mit diesem Deutungsrahmen lauten, das die Umsetzung der Strukturanpassungsprogramme (Kernursache) u. a. Hunger und Armut in der Dritten Welt verschärfen. Menschen werden durch die sich verschärfende prekäre Situation in die Emigration gezwungen (Migrantenorganisationen). Frauen leiden unter diesen Umständen besonders, da meist die Männer emigrieren, während Frauen und Kinder zurückgelassen werden (Frauenbewegungen). In den betroffenen Ländern kommt es auch zu Konflikten und Verteilungskämpfen, die in Bürgerkriegen enden können (Anti-Kriegs-Bewegungen). Auf diese Weise könnten sich unterschiedliche Bewegungen und NGOs für eine Protestbewegungen gegen die Strukturanpassungsprogramme des IWFs und der Weltbank zusammenschließen.

Ein Frame gilt dann als erfolgreich, wenn er eine möglichst große Mobilisierungskapazität entfaltet. Das ist dann der Fall, wenn der Frame einen breiten Bevölkerungsanteil anspricht und in den Augen potenzieller Anhänger/-innen der Bewegung plausibel erscheint. Für die Verbreitung eines Frames einer Protestbewegung werden nach wie vor die traditionellen Massenmedien als relevant erachtet, wenngleich auch Online Communities zunehmend in den Blick der Bewegungsforschung rücken (Vatikiotis und Kavada 2004; Petit 2004). Bei der Erstellung des Frames kann jedoch keineswegs von einem Rezept ausgegangen werden, das ohne weiteres übertragbar ist. Mit anderen Worten: Ein Collective Action Frame, der in einer Gesellschaft auf große Resonanz stößt, erzielt nicht notwendigerweise auch in anderen Gesellschaften die gleichen Effekte (Kolb 2002, S. 34).¹⁴

Zusammengefasst wird das Entstehen von Bewegungen in der Bewegungsforschung auf vier Faktoren zurückgeführt (Abbildung 1, S. 31): Der Ausgangspunkt findet sich in einem Gefühl eines Auseinanderdriftens von Anspruch und Wirklichkeit (Deprivationsansatz). Aber auch der gesellschaftliche Kontext ist

13 Strukturanpassungsprogramme sind wirtschaftliche Reformen wie die Kürzungen von Staatsausgaben, die Deregulierung des Marktes oder die Privatisierung von Staatsunternehmen, deren Umsetzung seit den 1980er Jahren vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zur Bedingung für die Vergabe von Krediten an überschuldete Staaten gemacht wurde.

14 Frames als Erklärungs- und Deutungsmuster sind zudem keine starren Konzepte; sie bleiben aushandel- und justierbar.

relevant für das Entstehen einer Protestbewegung (Ansatz politischer Gelegenheitsstrukturen). Aus einer anfänglichen Unzufriedenheit kann sich ein Frame einer Protestbewegung entwickeln (Framing-Ansatz). Damit es aber überhaupt zu einer Protestbewegung kommt, sollte der Frame für möglichst viele Akteure anschlussfähig sein. Daher wird der Frame strategisch publik gemacht, um die (Protest-)Ziele zu erreichen (Ressourcenmobilisierung).

Die divergenten Perspektiven der Bewegungsforschung bieten für aktuelle Studien, die einen ganzheitlicheren Blick auf den Gegenstand Protestbewegung entwickeln möchten, einen guten Ausgangspunkt. Die vier Paradigmen können zum einen auf die Frage, warum bzw. wann Protestbewegungen entstehen (Collective Behavior & Relative Deprivation/Politische Strukturen), zum anderen auf die Frage, wie Bewegungen operieren (Framing/Ressourcenmobilisierungsansatz), bezogen werden. Je nachdem, welchen Zugang man wählt, lassen sich damit verschiedene Aspekte einer Protestbewegung fokussieren. Interessiert man sich beispielsweise für die Frage, warum eine Bewegung entsteht, würde man Protestevents und die Rahmenbedingungen von Protest untersuchen. Stellt man sich dazu die Frage, wie Protestbewegungen agieren, rücken die Protestierenden (Individuen) und die Protestbewegung selbst mit ihren (Organisations-)Strukturen in den Mittelpunkt.

Die verschiedenen Ansätze zeigen, welche Bedingungen günstig für das Auftreten von Protestbewegungen sind und wie Bewegungen sich organisieren und strategisch agieren, um ihre Ziele zu erreichen. Beim Framing- und Ressourcenmobilisierungsansatz wird implizit bereits die Existenz einer feststehenden Kerngruppe vorausgesetzt. Unbeantwortet bleibt allerdings die Frage, wie sich diese Gruppe erstmalig konstituiert¹⁵ und über die Zeit in ihren (Organisations-)Strukturen verändert. Im Ansatz politischer Gelegenheitsstrukturen und beim relativen Deprivationsansatz werden die Rahmenbedingungen für das Entstehen von Protestbewegungen untersucht, jedoch wird nicht weiter ausgeführt, wie und unter welchen Voraussetzungen Bewegungen entstehen und wie sie sich (weiter-)entwickeln.

15 Geht man davon aus, dass es keine objektiven Bedingungen gibt, die Protestbewegungen kausal erklären könnten, so »kommt man nicht umhin, auf die Idee zu verfallen, dass neue soziale Bewegungen *sich in irgendeiner Form selbst erzeugen*« (Japp 1984), kursiv im Original).

3. ZWISCHENFAZIT UND FORSCHUNGSFRAGE

Aktuellere Studien grenzen sich von diesen ›klassischen‹ Forschungsperspektiven der Bewegungsforschung insofern ab, als sie ihnen vorwerfen, Protestbewegungen ausschließlich als homogene Akteure verstanden zu haben (Virgl 2011, S. 205). Daraus folge eine einseitige Fokussierung auf einzelne Aspekte von Protestbewegungen, und die Frage nach dem Überdauern einer Protestbewegung gerate aus dem Blick. Nach Stickler (2011), der den aktuellen Forschungsstand zusammenfasst, finden sich in der Bewegungsforschung nur wenige Studien zu Verläufen von Protestbewegungen. Diese lassen sich einteilen in lineare (Verlaufs-)Modelle und zyklische Modelle (S. 112). Studien, die linearen Modellen folgen, rekurren meist auf Robert Michels' Arbeit *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie* (Michels 1989 [1911]). Diese Perspektive ist die zurzeit dominante. Laut diesem Ansatz »entwickeln sich soziale Bewegungen von einem fluiden und wenig geformten Ausgangszustand relativ kontinuierlich zu festeren Formen« (Stickler 2011, S. 112). Ein allgemeiner Konsens innerhalb der Bewegungsforschung besteht darin, dass sich Kontinuität nur durch die Herausbildung eines ›strukturellen Rückgrats‹ (Janett 1997) bilden kann. Der oben genannten Studie von Robert Michels folgend wird angenommen, dass durch den Aufbau von Organisationsstrukturen die wesentlichen Ziele der Protestbewegung sukzessive durch operative Ziele ersetzt werden; oberste Priorität erhält dann das Überleben der ›Organisation‹ (NGO), dem sich alle anderen Ziele, auch die ideellen, unterordnen müssen. Bei dieser Institutionalisierung sieht sich die Bewegung jedoch einem Dilemma gegenüber: Um Einfluss zu erlangen, muss sie zur Organisation werden, dabei werden jedoch die substantziellen (ideellen) Ziele der Protestbewegung aufgegeben, was zum Ende der Bewegung führen kann (Mayreder 1917). Wie jedoch gelingt es einer Protestbewegung, sich nicht zu institutionalisieren und damit in eine andere Organisationsform – Partei oder NGO – überzugehen? Auch zyklische Modelle geben darauf keine Antwort (Rucht et al. 1997, S. 43). »Sie machen eher unspezifische Angaben zum Aufkommen und Abebben sozialer Bewegungen, statt ausdrücklich auf deren organisationale Strukturiertheit sowie auf Prozesse der Institutionalisierung einzugehen« (Stickler 2011, S. 112).

An diesem Forschungsdesiderat setzt die vorliegende Studie an. Dabei wird davon ausgegangen, dass Bewegungen zwischen zwei Polen oszillieren. Entweder drohen sie durch zu schwache Strukturen in ihre ›Einzelteile‹ zu zerfallen oder sich durch zu starke Strukturen zu institutionalisieren. Um dieses Spannungsverhältnis zu erforschen, versuche ich am Beispiel des WSFs eine Antwort auf die Frage zu geben, wie Protestbewegungen sich über die Zeit in diesem

Spannungsverhältnis fortsetzen (können). Daher wird sowohl die Ebene der Dynamik von *Individuen und Gruppen* als auch die Frage der *Organisierung der Bewegung* in den Blick genommen (*Abbildung 1*, S. 31). Ein multiperspektivischer Blick, wie er vor dem Hintergrund der zahlreichen Studien zu Teilaspekten von Bewegungen gefordert wird, wird auch die Felder des *Events* und den *Kontext* mitberücksichtigen. Dabei geht es dann vor allem um die Entwicklung einer Prozessperspektive, die auf Verläufe und Ereignisse gerichtet ist. Wie ein solcher multiperspektivischer Forschungsansatz realisiert werden kann, ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

